

dem Kreis Marienberg im Siebenjahrplan stehenden Aufgaben beitragen. Dies wird durch eine gute Zusammenarbeit der Justiz- und Sicherheitsorgane des Kreises und durch ein enges Zusammenwirken mit den örtlichen Organen der Staatsmacht gewährleistet. So konnten wir im März 1960 vor dem Rat und im Juni 1960 vor dem Kreistag über die Arbeit der Justizorgane Bericht erstatten und bis Ende Juli 1960 in allen 37 Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen des Kreises in Vorbereitung der Richterwahl die Berichterstattung abschließen. Diese Berichte wurden nicht nur von den Richtern, sondern auch von den Staatsanwälten und Notaren gegeben und in vielen Fällen mit einer Berichterstattung der Ständigen Kommission Innere Angelegenheiten, öffentliche Ordnung und Sicherheit verbunden.

In einer gemeinsamen Dienstbesprechung am 13. August 1960 werteten wir mit einem Vertreter des Rates des Kreises die Erfahrungen und Anregungen aus den Berichterstattungen aus. Dabei wurde festgestellt, daß die Berichterstattungen dazu geführt hatten, daß sich die Volksvertretungen mit den Fragen der Ordnung und Sicherheit in ihrem Territorium konkret beschäftigen. Schwerpunkte waren der Schutz der LPG-s, die Einhaltung der Brandschutzbestimmungen und die Senkung der Viehverluste, vor allem der Ferkelverluste.

Die Auswertung der Berichterstattungen ist ein Beispiel dafür, wie die Arbeit der Justizorgane in die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsmacht einfließen kann und wie die Justizorgane dazu beitragen, die im Volkswirtschaftsplan gestellten Ziele zu erreichen.

Durch eine verbesserte Gewerkschaftsarbeit erreichen wir eine größere Aufgeschlossenheit aller Mitarbeiter der Justizdienststellen im Kreis für die politischen Probleme unserer Zeit. Unter der Anleitung der Betriebsparteiorganisation wurde besonders die politisch-

ideologische Erziehungsarbeit der Gewerkschaft verbessert. Im Frühjahr dieses Jahres setzten sich dann nicht nur die juristischen Mitarbeiter, sondern alle Kollegen aktiv für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ein. Das gleiche gilt auch für die Vorbereitung der Richterwahlen\*. Die Vorbereitung der ersten Berichterstattung im Kreis geschah durch eine Mitarbeiterin des Kreisgerichts, die gleichzeitig Gemeindevertreterin ist.

Auch in der verbesserten fachlichen Tätigkeit fand diese Erziehungsarbeit ihren Niederschlag. Durch gute Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen und aller Kollegen erreichten wir, daß sich alle für eine schnelle und gewissenhafte Erledigung der anfallenden Arbeit einsetzen. Außerdem leisteten die Mitarbeiter bereitwillig sozialistische Hilfe bei anderen Dienststellen und anderen Kreisgerichten. Während das Kreisgericht Marienberg am Jahresende 1958 zu den Gerichten im Bezirk gehörte, die die größten Reste in Familiensachen hatten, waren diese am Jahresende 1959 auf einen Monatseingang anhängiger Sachen reduziert worden. Dieses Ergebnis wurde durch eine straffe Konzentration und gute Vorbereitung der Verhandlungen sowie durch eine ständige Kontrolle der Erledigungen und Reste durch den Direktor erzielt.

Das Kollektiv der Justizorgane wurde weiterhin durch gemeinsame Wanderungen, Betriebsausflüge und Theaterbesuche sowie aktive sportliche Betätigung gefestigt. In der Freizeit wurde eine Sportanlage errichtet, die am 30. Juli 1960 mit einem Sportfest feierlich eingeweiht wurde.

Der gegenwärtige Stand unserer Arbeit darf keineswegs Anlaß zur Selbstzufriedenheit sein. In Vorbereitung der Richterwahl und der im nächsten Jahr bevorstehenden Schöffenwahl kommt es darauf an, weitere große Anstrengungen zu unternehmen, um die im Kampfprogramm gestellten Ziele zu verwirklichen.

## Gedanken zur gegenwärtigen Kriminalität in der DDR und in Westdeutschland und zur Perspektive der Überwindung der Kriminalität in der DDR

Von HARRI HARRLAND, Hauptreferent im Ministerium der Justiz

Im Statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1959 sind erstmalig einige interessante Tabellen über die durch das Untersuchungsorgan der Deutschen Volkspolizei festgestellten Straftaten veröffentlicht worden<sup>1</sup>. Eine Übersicht über die Kriminalität in Westdeutschland im Jahre 1959 wurde im Juniheft der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift „Kriminalistik“<sup>2</sup> gegeben, die ebenfalls auf der polizeilichen Kriminalstatistik fußt. Es bietet sich somit Gelegenheit, an Hand der amtlichen Ergebnisse die Lage in der Kriminalität in beiden deutschen Staaten und im Zusammenhang damit die Perspektiven ihrer Bekämpfung zu beurteilen.

Eine solche Gegenüberstellung vorzunehmen, bedeutet jedoch nicht, ein Gleichheitszeichen zwischen die Kriminalität in der DDR und die westdeutsche Kriminalität zu setzen. Dazu ist die Kriminalität in den beiden Staaten zu verschiedenartig. Es handelt sich dabei keineswegs um graduelle Unterschiede, sondern um solche prinzipieller Natur, die nicht nur in der bedeutend voneinander abweichenden Häufigkeit der Kriminalität

ihren Ausdruck finden, sondern vor allem in der grundverschiedenen Klassennatur<sup>23</sup> begründet liegen.

Die Kriminalität ist ein Fremdkörper in der sozialistischen Gesellschaft, sie widerspricht zutiefst dem Wesen dieser Gesellschaft. Dagegen ist die Kriminalität im Kapitalismus eine unvermeidliche Erscheinung. Man kann sie nicht hinwegdenken, ohne zugleich die ganze kapitalistische Gesellschaft zu negieren.

Ohne den verschiedenartigen Charakter der Kriminalität in der volksdemokratischen Ordnung der DDR einerseits und dem klerikal-militaristischen Staatswesen Westdeutschlands andererseits auch nur einen Augenblick zu vergessen, ist eine solche Gegenüberstellung jedoch in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Wir wollen hier nur stichwortartig daran erinnern, daß Häufigkeit und Bewegung der Kriminalität als Gradmesser u. a. dafür zu betrachten sind,

2a Der grundlegende Unterschied läßt sich wohl nicht treffender formulieren als es der westdeutsche Schriftsteller Pelle Igel anläßlich der Kulturkonferenz 1960 tat, der schrieb: „Und hier ist wiederum der große Unterschied zu erkennen, der die beiden deutschen Wege kennzeichnet: Was in der Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des Friedens und des Fortschritts gefördert, herausgestellt und belohnt wird, wird bei uns in der Bundesrepublik behindert, verhindert, bestraft.“ (ND vom 10. Mai 1960, Ausg. B, S. 4.)

1 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1959. Herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1960, S. 171 ff.

2 Holle, Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959, Kriminalistik (Hamburg) 1960, Heft 6, S. 248 ff.